

Mitteilung des Senats vom 28. Juli 2009**Kinder und Jugendliche als Opfer im Internet**

Die Fraktion der CDU hat unter Drucksache 17/817 eine Große Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet.

Der Senat beantwortet die vorgenannte Große Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung

Das Internet als Kommunikationsmittel findet immer stärkere Verbreitung. Gerade Kinder und Jugendliche bedienen sich zunehmend dieses Mediums. Hiermit korrespondierend wird das Internet für Straftaten missbraucht, denen auch Minderjährige zum Opfer fallen. Die Strafverfolgungsorgane nehmen dieses Kriminalitätsphänomen sehr ernst und verfolgen konsequent jede bekannt werdende Straftat.

Kinder und Jugendliche sind den Gefahren des Internets nicht schutzlos ausgeliefert. Den weitaus meisten von ihnen sind die Risiken, die insbesondere in offenen Chat-Umgebungen drohen, durchaus bewusst. In Befragungen des Bildungsressorts hat sich gezeigt, dass die wichtigsten Sicherheitsregeln bekannt sind und beachtet werden. Dies ist nicht zuletzt den umfangreichen, im Folgenden ausführlich dargelegten Bemühungen des Senats um Prävention und Steigerung der Medienkompetenz von jungen Menschen zu verdanken.

1. Wie viele Fälle von Pädokriminalität, in denen Kinder oder Jugendliche Opfer eines sexuellen Missbrauchs im Internet geworden sind, sind in Bremen in den Jahren 2004 bis 2008 zur Anzeige gebracht worden? Wie beurteilt der Senat die Entwicklung der Fallzahlen und das Dunkelfeld?

Der sexuelle Missbrauch von Kindern und Jugendlichen im Internet wird nach den Richtlinien zur Erstellung der polizeilichen Kriminalstatistik nicht in einem separaten Datensatz erfasst. Als Datengrundlage können demzufolge lediglich die im Strafgesetzbuch vorhandenen Rechtsvorschriften zum Schutz der Sexualität von Kindern und Jugendlichen als Ausgangsbasis herangezogen werden. Diese Daten umfassen dann sämtliche Fälle des sexuellen Missbrauchs von Kindern beziehungsweise Jugendlichen unabhängig von der Begehungsform.

Auch die Staatsanwaltschaften des Landes Bremen verfügen nicht über die Möglichkeit zur statistischen Ermittlung von Fällen der Pädokriminalität, in denen Kinder oder Jugendliche Opfer eines sexuellen Missbrauchs im Internet geworden sind.

Das Kriminalitätsphänomen ist den Staatsanwaltschaften des Landes sowie den Mitarbeitern der Fachkommissariate der Polizeien Bremen und Bremerhaven bekannt. Zwar können exakte Zahlen nicht genannt werden; nach Einschätzung der Fachleute aber steigen die Fallzahlen in dem hier interessierenden Kriminalitätsbereich korrespondierend mit der immer stärkeren Nutzung des Internets. Gemessen an den übrigen Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung ist ein entsprechendes Dunkelfeld auch in diesem Phänomenbereich anzunehmen.

2. Welche Erkenntnisse liegen zu den Tätern vor? Gibt es Häufungen zum Beispiel hinsichtlich des Alter, des Geschlecht oder der Vorstrafen?

Aufgrund der fehlenden Datenbasis kann die Frage nicht abschließend beantwortet werden.

Die Erkenntnis, dass es sich bei der Begehung von Sexualdelikten weit überwiegend um männliche Täter handelt, kann auf den in der Großen Anfrage angesprochenen Kriminalitätsbereich übertragen werden.

3. Wie sind die in Bremen eingeleiteten Ermittlungsverfahren beendet worden (z. B. Einstellungen, Verurteilungen)?

Aufgrund der bei den Staatsanwaltschaften aus den genannten Gründen nicht vorliegenden Daten kann die Frage nicht beantwortet werden.

4. Werden proaktive Ermittlungen seitens der Polizei durchgeführt?

Die Innenministerkonferenz hat das Bundeskriminalamt im Herbst 1998 mit der zentralen Wahrnehmung von anlassunabhängigen Recherchen in Datennetzen beauftragt, woraufhin im Januar 1999 die Zentralstelle für anlassunabhängige Recherchen in Datennetzen (ZaRD) eingerichtet wurde. Der Auftrag der ZaRD umfasst unter anderem die ständige, systematische, deliktsübergreifende und nicht extern initiierte Suche nach strafbaren Inhalten im Internet und Onlinediensten, einschließlich der Weiterverfolgung von dabei festgestellten strafrechtlich relevanten Sachverhalten mit Beweissicherung bis zur Feststellung der Verantwortlichen und/oder der örtlichen Zuständigkeiten von Polizei und Justiz. Das Bundeskriminalamt unterrichtet die Strafverfolgungsbehörden des Bundes und der Länder jeweils unverzüglich über die sie betreffenden Informationen und die in Erfahrung gebrachten Zusammenhänge von Straftaten.

Proaktive Ermittlungen im Zuständigkeitsbereich des Landeskriminalamtes des Landes Bremen oder anlassunabhängige Recherchen seitens der Polizei werden daher nicht durchgeführt.

5. Gibt es ein Präventionskonzept für Schulen, und wie ist dieses ausgestaltet? Wie werden Lehrer zu diesem Thema fortgebildet?

Die Onlinekommunikation zum Beispiel mittels Chat stellt eine zentrale Tätigkeit von Jugendlichen am Computer dar. Diese Kommunikation findet aber in überwiegendem Maße in geschlossenen Communities mit sogenannten Instantmessengern statt. Mittels Softwarewerkzeugen wie ICQ, MSN, Trillian u. a. sowie direkt über die Chatfunktion in SchuelerVZ chatten die Schülerinnen und Schüler in erster Linie mit Freundinnen und Freunden, die ihnen aus dem realen Leben wohl bekannt sind. Per Messenger lassen sich darüber hinaus sehr einfach Texte, Daten, Fotos, Audio- und Videofiles versenden. Daneben bieten viele Messenger reizvolle Zusatzfunktionen wie Internettelefonie, integrierte E-Mailaccounts, Voice- und Webcam-Software. Auch kleine eigene Chats und gemeinsame Onlinespiele können darüber organisiert werden.

Eine anonyme Kontaktaufnahme mit Unbekannten findet in diesen Systemen gegen den Willen der Beteiligten nicht statt und ist auch unüblich. Diese Form des Austausches macht den weit überwiegenden Anteil der Chat-Kommunikation aus. Mit der Diffusion von Instant-Messenger-Systemen hat es in den letzten Jahren eine deutliche Trendverschiebung gegeben, weg von den sogenannten Web-Chats. Wenn Schülerinnen und Schüler heute chatten, so nutzen sie dafür primär Instant-Messenger-Systeme, mit denen direkte Verbindungen mit den Computern der anderen Teilnehmer aufgebaut werden. Dies ist ein zentraler Unterschied zu den früher häufig genutzten „Web-Chats“.

Web-Chats sind offene Chat-Umgebungen bzw. „Räume“ in denen anonymisiert unter Fantasiepseudonymen Kontakt aufgenommen werden kann. Diese Form der anonymen Kommunikation spielt allerdings bei Schülerinnen und Schülern mittlerweile eine untergeordnete Rolle. Zudem sind sich die Schülerinnen und Schüler der Gefahren und Risiken anonymer Chaträume in Web-Chats durchaus bewusst. Sie wissen in der Regel, dass in diesen Chaträumen Beschimpfungen, Beleidigungen, direkte sprachliche Attacken bis hin zu sexuellen Belästigungen vorkommen können und bei ganz bestimmten Chat-Anbietern auch faktisch stattfinden.

In den Befragungen des Bildungsressorts kannten die Schülerinnen und Schüler jedoch die wichtigsten Sicherheitsregeln, um sich in Web-Chats zu schützen und ohne Risiko zu chatten. Im Übrigen haben gerade diese Belästigungen und Über-

griffe dazu geführt, dass Web-Chats bei Schülerinnen und Schülern heute praktisch keine Rolle mehr spielen.

Zur Fortbildung der Lehrkräfte bietet das Zentrum für Medien ein breites Spektrum an Angeboten zur Verbesserung des Lehrerhandelns, um die Medienkompetenz von Schülerinnen und Schülern zu stärken. Im Einzelnen sind dies für den Bereich „Sicherheit im Web“

- zahlreiche Fortbildungsveranstaltungen zum Lernen mit und über Medien in jedem Schuljahr und für alle Schularten und -stufen.
- gezielt für alle neuen Lehramtsanwärter werden Workshops am „Medientag“ angeboten, mit den Schwerpunkten „Persönlichkeitsschutz im Internet – Google weiß alles und vergisst nie“ und „sexuelle Anmache im Chat“.
- für alle Bremer Schulen eine gemeinsame Handreichung der Kultusministerkonferenz in Zusammenarbeit mit der Jugend- und Familienministerkonferenz und der polizeilichen Kriminalprävention „Im Netz der neuen Medien“.
- das „Knowhow für junge User“ in Zusammenarbeit mit der Landesmedienanstalt wird zurzeit gedruckt und mit Beginn des neuen Schuljahres an alle Bremer Schulen verteilt. Das „Handbuch“ ist eine praxisnahe Einführung in die weiten Felder der Online- und Netzkommunikationen. Aufbauend auf dem Konzept und den Erfahrungen der Lehrerfortbildungen bietet es für Bremer Lehrerinnen und Lehrer eine Fülle von sinnvollen Hilfestellungen und praxisbezogenen Tipps für den Unterricht. Als Basiswissen für alle Schularten zum Thema Internet bietet das Handbuch wichtige Grundlagen und wertvolle Unterstützung im Unterricht mit Medien und Webdiensten.
- auf der Website des Zentrums für Medien sind alle genannten Materialien verfügbar (<http://www.lis.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen56.c.16107.de>).

6. Gibt es ein Präventionskonzept der Jugendbehörden, und wie ist dieses ausgestaltet? Wie werden Eltern informiert und Sozialarbeiter fortgebildet?

Der Senat befürwortet, ohne die Gefahren und Risiken in den neuen Medien zu unterschätzen, grundsätzlich deren Einsatz in der Kinder- und Jugendarbeit im Land. Nach § 24 des Bremischen Kinder-, Jugend- und Familienförderungsgesetz, haben die für den Jugendschutz zuständigen Behörden zudem die Aufgabe, Angebote des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes im Bereich der Medien zu entwickeln.

Medienkompetenz trägt dazu bei, dass sich Kinder und Jugendliche in der modernen Gesellschaft orientieren und informieren können, wird aber auch zur Bewältigung beruflicher und schulischer Herausforderungen sowie für Kommunikationszwecke genutzt. Gefahren und Risiken, die bei der Nutzung auftreten können, müssen sowohl durch erzieherische und Bildungsmaßnahmen, wie auch durch die Einführung gesetzlicher Rahmenbedingungen minimiert beziehungsweise ganz verhindert werden.

Der rasante Wandel, der im Bereich dieser neuen Medien stattfindet, ist verbunden mit einem ständigen Gradwechsel der von ihr ausgehenden Gefahren und Risiken für Kinder und Jugendliche. Aus diesem Grund ist es erforderlich, immer wieder aktuelle Präventionsmaßnahmen zu ergreifen. Im ständigen Dialog mit den in diesem Bereich tätigen Trägern der außerschulischen Jugendarbeit werden Maßnahmen ergriffen, mit denen auf diese neuen Herausforderungen reagiert wird. In der Stadt Bremen haben das ServiceBureau Jugendinformation und in Bremerhaven das Dienstleistungszentrum (DLZ) Grünhöfe Präventionskonzepte ausgearbeitet und in die Umsetzung gebracht, die durch die zuständigen örtlichen Jugendämter, das Landesjugendamt sowie durch Drittmittel aus anderen Ressourcen, wie beispielsweise der Bremischen Kinder- und Jugendstiftung oder der Bremischen Landesmedienanstalt, finanziert werden. Seit dem 1. Januar 2007 hat das Amt für Jugend, Familie und Frauen im DLZ Grünhöfe explizit eine Fachstelle „Jugendschutz im Internet“ als medienpädagogisches Angebot in der Abteilung „Jugendförderung“ des Amtes eingerichtet. Diese bietet Kindern, Jugendlichen, Eltern und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren kostenlos ihre Beratungs- und Informationsdienste an.

In den meisten Einrichtungen der Kinder- und Jugendförderung im Land Bremen stehen Kindern und Jugendlichen Computer mit und ohne Internetanbindung sowohl frei (für Kommunikation, Information, Bewerbungsschreiben etc.), als auch für die mediale Gruppenarbeit (Homepagegestaltung, Foto- und Filmbearbeitung etc.) zur Verfügung. Dieses Angebot wird den Besucherinnen und Besuchern der Einrichtung in der Regel in einem dafür vorgesehenen Medienraum mit entsprechenden Geräten unter qualifizierter Fachaufsicht bereitgestellt.

Insbesondere im Zeitraum 2005 bis 2006 haben Kinder- und Jugendeinrichtungen der Stadtgemeinde Bremen im Rahmen des „Aktionsplans Medienkompetenz“ aus finanziellen Mitteln der Bremischen Kinder- und Jugendstiftung ihre mediale Grundausstattung auf einen aktuellen Stand bringen können. Parallel entwickelte das ServiceBureau die sogenannte NetCard für Besucherinnen und Besucher von Kinder- und Jugendeinrichtungen. Diese „NetCard“ wird den Kindern und Jugendlichen übergeben, nachdem sie gegenüber den medienpädagogischen Fachkräften der Einrichtungen ihre Kompetenzen im Umgang mit den neuen Medien nachgewiesen haben. Neben fachlichen Kenntnissen müssen die Kinder und Jugendlichen dabei auch bestimmte Verhaltensregeln im Umgang mit den neuen Medien nachweisen. In Bremerhaven werden vom Amt für Jugend, Familie und Frauen im DLZ Grünhöfe „Internet-Einführungskurse“ für Kinder und Jugendliche bis 14 Jahre angeboten, in denen neben technischen auch Schutzaspekte kommuniziert werden.

Seit vielen Jahren werden vom Landesjugendamt in Zusammenarbeit mit dem ServiceBureau Jugendinformation Fortbildungskurse für sozialpädagogische Fachkräfte von Jugendeinrichtungen im Land Bremen angeboten. Diese Fortbildungsangebote dienen den Fachkräften zur eigenen Qualifizierung im Bereich Medienkompetenz einschließlich des Kinder- und Jugendmedienschutzes, damit sie diese Kompetenzen an Kinder und Jugendliche weitervermitteln können. In Bremerhaven werden von der Fachstelle „Jugendschutz im Internet“ ebenfalls Schulungen und Fortbildungen für sozialpädagogische Fachkräfte der Jugendförderung angeboten, aber auch für Kontaktpolizistinnen und Kontaktpolizisten, für Fachkräfte des Allgemeinen Sozialen Dienstes, sowie für Betreuungskräfte aus Schulen und Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen. Die Fachstelle kooperiert auch mit Schulen und bietet den Schülerinnen und Schülern Workshops an. Für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern plant die Fachstelle zurzeit ein Modul „Gefahren im Internet für Kinder und Jugendliche“, das im Lehrplan Eingang finden soll. Die Fachstelle berät Einrichtungen der Jugendarbeit in technischen Fragen, insbesondere zum Einsatz von Filtersoftware.

Bereits im Jahr 2008 wurde vom ServiceBureau Jugendinformation – ein Novum in Deutschland – erfolgreich ein E-Learning-Kurs „Jugendmedienschutz“ für Fachkräfte aus der Kinder- und Jugendarbeit durchgeführt, dem in diesem Jahr ein Kurs zum Thema „Unterwegs im Web 2.0“ folgen wird. Letzterer wird mit der Bremischen Landesmedienanstalt veranstaltet, die auch die finanzielle Absicherung übernimmt.

Bezüglich der Gefahren für Kinder und Jugendliche im Internet stehen neuerdings vor allem die Themen SchülerVZ, Cyberbullying (-mobbing), Youtube usw. im Mittelpunkt des Interesses der Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit, aber auch der Lehrer/-innen und Eltern.

Das ServiceBureau Jugendinformation hat zu diesen Themen eine Reihe von Infomaterialien hergestellt, die in gedruckter und in digitaler Form (auf der virtuellen Plattform www.jugendinfo.de) zur kostenlosen Verfügung stehen. Einige dieser Infomaterialien haben bundesweit Beachtung gefunden und sind vom ServiceBureau kostenpflichtig weiterverteilt worden. In Bremerhaven sind von der Fachstelle ebenfalls eigene Infomaterialien entwickelt worden.

Mit Unterstützung der Bremischen Landesmedienanstalt hat das ServiceBureau im Jahr 2009 bereits über 20 Elternabende in Schulen durchgeführt, an denen über 700 Eltern teilgenommen haben. Im gleichen Rahmen wurden außerdem Elternabende in Häusern der Familie, in Mütterzentren und im Frauenerwerbsverein angeboten. Dieses Angebot wird zukünftig weitergeführt werden, zumal es den beiden Veranstaltern offensichtlich gelungen ist, mit diesen Angeboten auch Eltern anzusprechen, die über einen Migrationshintergrund verfügen.

Im Rahmen seiner Kooperation mit der Bremischen Landesmedienanstalt konzipiert das ServiceBureau zurzeit sogenannte Expertenkonferenzen, bei denen

Schülerinnen und Schüler als Multiplikatoren des Medienschutzes ausgebildet werden, die selbstständig in Klassen gehen, um ihre Mitschülerinnen und Mitschüler auf die Gefahren im Internet hinzuweisen. Die Landesmedienanstalt, die nach dem Jugendmedienschutzstaatsvertrag für das Land Bremen die Aufsichtsfunktion im Internet wahrnimmt, sichert mit eigenen finanziellen Ressourcen dieses Angebot ab.

In Kooperation mit dem Landesinstitut für Schule und dem Zentralelternbeirat (ZEB) hat das ServiceBureau Workshops für Schülerinnen und Schüler und für Lehrerinnen und Lehrer zu Cyberbullying durchgeführt, die im Herbst 2009 weitergeführt werden sollen. Gemeinsam mit dem ZEB wurden außerdem Elternabende zu den Gefahren und Risiken im Internet veranstaltet. Das ServiceBureau hat Informationsveranstaltungen in der Lehrerbildung an der Universität, in Erziehungsberatungsstellen, in der Fachstelle für Gewaltprävention, etc. durchgeführt. Aktuell plant das ServiceBureau in Zusammenarbeit mit der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit die gemeinsame Entwicklung von Informationsbroschüren und -veranstaltungen.

In Bremerhaven bietet die Fachstelle „Jugendschutz im Internet“ offene Sprechstunden für Eltern an und zwar an zwei Tagen in der Woche. Eltern werden außerdem über Elternabende in Schulen oder über Beratungseinrichtungen angesprochen.

Zurzeit wird im DLZ Grünhofe mit Schülern und Schülerinnen das Theaterstück „Chatroom“ geprobt, das inhaltlich auf die Gefahren im Chatraum aufmerksam machen will. Durch die Aufführung in Schulen sollen die Schülerinnen und Schüler für das Thema sensibilisiert werden. Während die Fachstelle „Jugendschutz im Internet“ mit einer halben Personalstelle über das Amt für Jugend, Familie und Frauen finanziell abgesichert ist, kann das ServiceBureau die Finanzierung der genannten medienpädagogischen Aktivitäten nur projektbezogen absichern.

Aus Sicht des Senats ergibt sich trotz der vielfältigen Aktivitäten der verschiedenen Träger und Behörden in der Präventionsarbeit im Bereich neuer Medien die Notwendigkeit, die Maßnahmen noch stärker zu koordinieren und aufeinander abzustimmen. Hierdurch sollen Kräfte gebündelt und Doppelstrukturen verhindert werden; es soll aber auch gemeinsam versucht werden, die Eltern, die bisher nicht von all diesen Angeboten Gebrauch gemacht haben, zu erreichen. Hierfür sollen spezifische Zugänge entwickelt werden, die auf die jeweiligen Interessen und Bedürfnissen der Zielgruppen eingehen, u. a. durch Referentinnen und Referenten oder Infobroschüren in ihrer eigenen Muttersprache.